

Heidelberger Schriften  
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

97

Stephanie von Riegen

# Das Stimmverbot des GmbH-Gesellschafters in Deutschland und Europa



**Nomos**

Heidelberger Schriften  
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Prof. Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford)

Band 97

Stephanie von Riegen

# Das Stimmverbot des GmbH-Gesellschafters in Deutschland und Europa



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Mainz, Univ., Diss., 2020

ISBN 978-3-8487-7710-5 (Print)

ISBN 978-3-7489-2103-5 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde vom Fachbereich Rechts- und Wirtschaftswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Sommersemester 2018 als Dissertation angenommen. Das Rigorosum fand am 8. Juli 2020 statt. Literatur und Rechtsprechung zum deutschen Gesellschaftsrecht sind bis einschließlich September 2020 berücksichtigt.

Die Erstellung dieser Arbeit erfolgte während verschiedenen Lebensphasen in Hannover, Villingen-Schwenningen und Freiburg, vom Ende des Studiums über das Referendariat und schließlich berufsbegleitend während meiner anwaltlichen Tätigkeit. Den zahlreichen Personen, die mich in vielfältiger Weise unterstützt haben, sowie den Weggefährten, die mich während der Promotionszeit begleitet und motiviert haben, möchte ich an dieser Stelle herzlich danken.

An erster Stelle gilt mein Dank meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford), der das Thema dieser Arbeit angeregt hat. Ihm möchte ich besonders für sein Verständnis und seine Geduld sowie die schnelle Begutachtung der Arbeit und Unterstützung im Promotionsverfahren danken. Außerdem danke ich Herrn Professor Dr. Peter O. Mülbert für die Übernahme des Zweitgutachtens und Herrn Professor Dr. Jan Zopfs für die Übernahme des Vorsitzes in der Prüfungskommission. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe Heidelberger Schriften zum Wirtschaftsrecht und Europarecht danke ich Herrn Professor Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit (Université Aix-Marseille III), Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff und Herrn Professor Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford).

Mein Dank gilt auch dem Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, das mir die Möglichkeit zur Recherche in seiner beeindruckenden Institutsbibliothek gewährt und damit eine ausführliche rechtsvergleichende Untersuchung ermöglicht hat.

Ein herzlicher Dank gebührt weiterhin meinen Freunden und Kollegen für ihren Ansporn und Glauben an die Fertigstellung, ihre Akzeptanz und Unterstützung sowie viele aufmunternde Worte, Kaffeepausen und die Versorgung mit Nervennahrung. Ein besonderer Dank geht an meine Freundin Teresa, die stets mit meinem Voranschreiten mitfieberte und mir immer für fachliche Diskussionen als auch in allen privaten Angelegenhei-

*Vorwort*

ten zur Seite steht. Für ihre wertvollen Anmerkungen, ihr stetes Motivieren und die Übernahme der Korrektur meiner Arbeit in der Vorweihnachtszeit kann ich ihr nicht genug danken.

Mein größter Dank gilt meiner ganzen Familie, die durch ihren steten Rückhalt, Zuspruch und Liebe in großem Maße zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen hat. Besonderer Dank gilt meinem Mann Torsten, der mir kontinuierlich und vor allem in der Endphase der Arbeit mit viel Verständnis und Zuversicht die nötige Kraft und Unterstützung gegeben hat. Meinen Eltern danke ich von Herzen, dass sie mir Studium und Promotion ermöglicht und mich auf meinem bisherigen Lebensweg vorbehaltlos unterstützt, ermutigt und gefördert haben. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Hamburg, im Oktober 2020

Stephanie von Riegen

## Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	21
§ 1 Einleitung	29
Teil 1: Grundlagen des Stimmverbots	40
§ 2 Die Willensbildung in der GmbH	40
§ 3 Der Interessenkonflikt	52
§ 4 Historische Entwicklung der Stimmverbote	67
§ 5 Teleologische Grundlagen	80
Teil 2: Das Stimmverbot in § 47 Abs. 4 GmbHG	107
§ 6 Der sachliche Anwendungsbereich	107
§ 7 Der persönliche Anwendungsbereich	124
Teil 3: Rechtsvergleichende Betrachtung	131
§ 8 Österreich	131
§ 9 Spanien	154
§ 10 Frankreich	176
§ 11 Großbritannien	190
§ 12 Rechtsvergleichende Zusammenfassung	211
Teil 4: Das Stimmverbot bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts im Spiegel der Rechtsvergleichung	220
§ 13 Einschränkung der Auslegung in Deutschland	220
§ 14 Rechtsvergleich	239
§ 15 Auslegung und Anwendung des Stimmverbots bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts	258

*Inhaltsübersicht*

Teil 5: Der Anstellungsvertrag des Gesellschafter-Geschäftsführers im Besonderen	313
§ 16 Meinungsstand zum Stimmrecht bei der Beschlussfassung über die Vergütung des Gesellschafter-Geschäftsführers	313
§ 17 Rechtsvergleichende Betrachtung	319
§ 18 Stellungnahme	331
§ 19 Das Stimmrecht bei rückwirkender Genehmigung bereits bezogener Vergütungen	338
Teil 6: Stimmverbote im Gesellschaftsvertrag	344
§ 20 Gestaltungsmöglichkeiten in der Satzung	344
§ 21 Rechtsvergleichende Betrachtung	353
§ 22 Stellungnahme	362
Teil 7: Stimmverbote im Europäischen Recht	372
§ 23 Entwurf einer Strukturrichtlinie	372
§ 24 Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	375
§ 25 Das Projekt einer Europäischen Privatgesellschaft (SPE)	378
§ 26 Stimmrechtsausschluss in der SPE	390
§ 27 Regelung eines Stimmverbots de lege ferenda	404
§ 28 Fazit zum Europäischen Recht	408
Teil 8: Schluss	410
§ 29 Wesentliche Ergebnisse in Thesen	410
Literaturverzeichnis	423



## Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
§ 1 Einleitung	29
I. Einführung	29
II. Gegenstand und Ziel der Untersuchung	33
III. Die Bedeutung der Rechtsvergleichung	34
IV. Beschränkung des Untersuchungsgegenstands	36
V. Gang der Untersuchung	37
Teil 1: Grundlagen des Stimmverbots	40
§ 2 Die Willensbildung in der GmbH	40
I. Stimmrecht und Stimmrechtsmacht des GmbH-Gesellschafters	40
1. Das Stimmrecht des Gesellschafters	40
2. Die Geltung des Mehrheitsprinzips	41
II. Die Abstimmung durch die Gesellschafterversammlung	45
1. Die Ausübung des Stimmrechts	45
2. Die Beschlussfassung	46
III. Rechtsfolgen einer verbotswidrigen Stimmabgabe	48
IV. Beschlusswirkung und Umsetzung	49
§ 3 Der Interessenkonflikt	52
I. Der Begriff des Interessenkonflikts	52
1. Das Interesse	52
2. Die Konfliktsituation	54
II. Die Interessenbereiche innerhalb der Gesellschaft	56
1. Die Interessen der Gesellschafter	56
a) Das Privatinteresse des Gesellschafters	57
b) Das „mitgliedschaftliche Interesse“ des Gesellschafters	57
2. Das Gesellschaftsinteresse	58
III. Der Interessenkonflikt bei der Stimmrechtsausübung	60
1. Der Interessenkonflikt im Gesellschaftsrecht	61
a) Begriffsbestimmung	61
b) Der Interessenkonflikt i.S.d. § 47 Abs. 4 GmbHG	62

*Inhaltsverzeichnis*

2. Gesellschaftsrechtliche Regelungen zu Interessenkonflikten	64
§ 4 Historische Entwicklung der Stimmverbote	67
I. Historischer Überblick	67
II. Reformüberlegungen im GmbH-Recht	73
III. Exkurs: Stimmverbote im Personengesellschaftsrecht	76
IV. Fazit	78
§ 5 Teleologische Grundlagen	80
I. Regelungsform	80
1. Mögliche Regelungsformen	80
a) Generalklausel	80
b) Abschließende Regelung	82
2. Die Regelungsform des § 47 Abs. 4 GmbHG	83
3. Kein Stimmverbot nach Treu und Glauben	84
II. Norm- und Schutzzweck	87
III. Die „Richtigkeitsgewähr“ der Willensbildung	91
IV. Schutzobjekt	93
V. Abgrenzung zu § 181 BGB	94
1. Anwendbarkeit des § 181 BGB bei Gesellschafterbeschlüssen	95
2. Verhältnis des § 181 BGB zu § 47 Abs. 4 GmbHG	96
3. Anwendungsbereich des § 181 BGB bei Gesellschafterbeschlüssen	98
VI. Abgrenzung zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	101
1. Stimmverbote als starre Stimmrechtsschranken	101
2. Bewegliche Stimmrechtsschranken	102
3. Verhältnis der starren zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	105
Teil 2: Das Stimmverbot in § 47 Abs. 4 GmbHG	107
§ 6 Der sachliche Anwendungsbereich	107
I. Entlastung	107
1. Begriffsbestimmung und Bedeutung der Entlastung	107
2. Gesamtentlastung und Einzelentlastung	109
3. Generalentlastung und Spezialentlastung	111
II. Befreiung von einer Verbindlichkeit	113
1. Verbindlichkeit	113
2. Befreiung	115

III. Vornahme eines Rechtsgeschäfts	116
1. Definition des „Rechtsgeschäfts“	116
2. Das „Betreffen“ des Rechtsgeschäfts	117
3. Rechtsgeschäfte „gegenüber einem Gesellschafter“	118
4. Einschränkende Auslegung	118
IV. Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits	119
1. Rechtsstreit gegenüber einem Gesellschafter	119
2. Einleitung eines Rechtsstreits	120
3. Erledigung eines Rechtsstreits	122
§ 7 Der persönliche Anwendungsbereich	124
I. Teleologische Reduktion	124
1. Gleichmäßige Befangenheit	124
2. Einmann-GmbH	126
II. Teleologische Extension	126
1. Vertretung durch einen nichtbefangenen Vertreter	127
2. Vertretung durch einen befangenen Vertreter	128
3. Gemeinsam begangene Pflichtverletzung	128
4. Befangenheit von nahestehenden Personen	129
Teil 3: Rechtsvergleichende Betrachtung	131
§ 8 Österreich	131
I. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	131
II. Gesellschaftsorgane und Willensbildung	131
1. Generalversammlung	131
2. Geschäftsführer	132
III. Starre Stimmrechtsschranken	132
1. Historische Entwicklung	132
2. Stimmverbotsregelungen	135
a) Stimmverbotstatbestände und Zweck	135
b) Subjektiver Anwendungsbereich	136
c) Rechtsfolgen	138
3. Abgrenzung zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	139
IV. Die Stimmverbotstatbestände im Einzelnen	140
1. Befreiung von einer Verpflichtung	140
a) Begrifflichkeiten	140
b) Entlastung	141

*Inhaltsverzeichnis*

2. Vorteilszuwendung	143
a) Begriff der Vorteilszuwendung	143
aa) Judikatur des OGH	143
bb) Meinungsstand im Schrifttum	144
b) Praktische Relevanz	145
3. Vornahme eines Rechtsgeschäfts	146
4. Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits	147
5. Ausnahmetatbestand des § 39 Abs. 5 öGmbHG	150
a) Hintergrund	150
b) Kein Stimmverbot bei Bestellung und Abberufung als Geschäftsführer	150
c) Abberufung wegen Vorliegen eines wichtigen Grundes	151
d) Teleologische Reduktion bei Neubestellung nach Abberufung	153
§ 9 Spanien	154
I. Die Sociedad de Responsabilidad Limitada (SRL)	154
II. Gesellschaftsorgane und Willensbildung	155
1. Gesellschafterversammlung	155
2. Verwalter	157
III. Starre Stimmrechtsschranken	158
1. Historische Entwicklung	158
2. Stimmverbotsregelungen	163
a) Stimmverbotstatbestände und Zweck	163
b) Persönlicher Anwendungsbereich	164
c) Rechtsfolgen	165
3. Abgrenzung zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	166
IV. Die Stimmverbotstatbestände im Einzelnen	167
1. Zustimmung zur Übertragung von Gesellschaftsanteilen	167
2. Ausschluss eines Gesellschafters	169
3. Befreiung von einer Verbindlichkeit	169
4. Gewährung eines Rechts	171
5. Gewährung finanzieller Hilfen	173
6. Befreiung des Gesellschafter-Geschäftsführers von der Treuepflicht	173
7. Interessenkonflikte des Gesellschafter-Geschäftsführers	174

§ 10	Frankreich	176
	I. Die Société à responsabilité limitée (SARL)	176
	II. Gesellschaftsorgane und Willensbildung	176
	1. Gesellschafterversammlung	177
	2. Geschäftsführer	178
	3. Abschlussprüfer	178
	III. Starre Stimmrechtsschranken	179
	1. Historische Entwicklung	179
	2. Die Stimmverbotsregelungen	180
	3. Abgrenzung zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	182
	IV. Das Stimmverbot bei Rechtsgeschäften	183
	1. Verbotene Geschäfte	184
	2. Gewöhnliche Vereinbarungen	185
	3. Genehmigungspflichtige Vereinbarungen	186
	a) Grundsatz: A-posteriori-Kontrolle	186
	b) Ausnahme: A-priori-Kontrolle	189
§ 11	Großbritannien	190
	I. Die private limited company (Limited)	190
	II. Gesellschaftsorgane und Willensbildung	190
	1. Gesellschafterversammlung	191
	2. Geschäftsführung	192
	III. Starre Stimmrechtsschranken	193
	1. Historische Entwicklung	193
	2. Die Stimmverbotsregelungen	196
	3. Abgrenzung zu den beweglichen Stimmrechtsschranken	198
	IV. Die Stimmverbotstatbestände im Einzelnen	203
	1. Genehmigung eines „Golden Handshake“	203
	2. Ratifizierung einer Pflichtverletzung des directors	204
	3. Erwerb eigener Anteile	207
	a) Anteilsrückerwerb	208
	b) Erwerb eigener Anteile	208
	4. Anteilsrückkauf und Erwerb eigener Anteile aus sonstigem Kapital	209
§ 12	Rechtsvergleichende Zusammenfassung	211
	I. Die Bedeutung des Einflusses der Gesellschafter auf die Geschäftsführung	211

*Inhaltsverzeichnis*

II. Die Stimmverbote	212
1. Die Beschränkung des Stimmrechts	212
2. Umfang der Stimmverbote	213
3. Stimmverbote für Gesellschafter-Geschäftsführer	217
4. Rechtsfolgen	218
III. Fazit	218
Teil 4: Das Stimmverbot bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts im Spiegel der Rechtsvergleichung	220
§ 13 Einschränkung der Auslegung in Deutschland	220
I. Rechtsprechung: Sozialaktslehre	220
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts	221
2. Rechtsprechung des BGH	225
II. Einschränkung der Auslegung im Schrifttum	228
1. Anwendung des Stimmverbots nur auf Drittgeschäfte	229
2. Begrenzung des Stimmverbots nach dem Normzweck	231
a) Zöllner	231
b) Hüffer	232
c) Immenga/Werner	233
d) Römermann	234
3. Gewährleistung der materiellen „Richtigkeit“	234
4. Abgrenzung nach Ermessensentscheidungen und in der Person des Gesellschafters liegenden Entscheidungen	235
5. Stimmverbote als Ergänzung zu § 181 BGB	236
III. Fazit	237
§ 14 Rechtsvergleich	239
I. Österreich	239
1. Intention des Gesetzgebers	239
2. Einschränkung der Auslegung in der Judikatur	240
a) Nachteiligkeitskriterium	240
b) Sozialaktslehre	241
3. Einschränkung der Auslegung im österreichischen Schrifttum	242
a) Nachteiligkeitskriterium	242
b) Sozialaktslehre	242
c) Auslegung nach dem Normzweck	244
II. Spanien	244
1. Anwendbarkeit auf jegliche Rechte	244

2. Einschränkungende Auslegung im Schrifttum	245
a) Einschränkung für Rechte aus dem Gesellschaftsverhältnis	245
b) Nachteiligkeit für das Gesellschaftsinteresse	247
c) Anwendung nur auf Rechte aus dem Gesellschaftsverhältnis	248
3. Judikatur	249
III. Frankreich	251
1. Begriff der convention	251
2. Behandlung der actes collectifs	252
IV. Großbritannien	254
V. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	254
§ 15 Auslegung und Anwendung des Stimmverbots bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts	258
I. Auslegung des § 47 Abs. 4 Satz 2 Alt. 1 GmbHG	258
1. Grammatikalische Auslegung	258
2. Der Bedeutungszusammenhang	263
a) Die Systematik des § 47 Abs. 4 GmbHG	263
b) Die Terminologie im GmbHG	264
c) Rechtsformübergreifende Betrachtung	265
aa) Verein	265
bb) GmbH	266
cc) AG	268
dd) Genossenschaft	269
ee) Schlussfolgerungen	270
3. Historische Auslegung	272
4. Teleologische Auslegung	279
a) Sinn und Zweck des Stimmverbots	279
b) Die Abgrenzung von Sozialakten und Drittgeschäften	281
c) Abgrenzung nach Kompetenzverteilung	283
d) Keine Anwendung des Nachteiligkeitskriteriums	285
5. Zwischenergebnis	287
II. Konkrete Beschlussgegenstände	288
1. Organisationsrechtliche und personelle Beschlüsse	288
a) Bestellung und Abberufung von Organmitgliedern	288
b) Gesellschafter als leitender Angestellter	288
c) Bestellung zum Prokuristen	289

*Inhaltsverzeichnis*

d) Befreiung des Gesellschafter-Geschäftsführers von § 181 BGB	289
e) Wahl zum Versammlungsleiter	290
f) Bestellung eines besonderen Vertreters	291
2. Unmittelbar die Mitgliedschaft betreffende Beschlüsse	292
a) Einforderung vertragsmäßiger Leistungen	292
b) Verlust der Gesellschafterposition	293
c) Ausschluss des Bezugsrechts bei Kapitalerhöhung	294
d) Auflösung der Gesellschaft	296
3. Verfügungen über den Gesellschaftsanteil	296
a) Abtretung vinkulierter Geschäftsanteile (§ 15 Abs. 5 GmbHG)	297
b) Erwerb eigener Geschäftsanteile durch die GmbH (§ 33 GmbHG)	300
c) Veräußerung eigener Geschäftsanteile durch die GmbH	301
d) Satzungsmäßige Abtretungspflicht des Erben	301
III. Stimmverbot bei Vorliegen eines wichtigen Grundes	302
1. Stimmrechtsausschluss	302
2. Anforderungen an den wichtigen Grund	303
3. Exkurs: Auskunftsverweigerung nach § 51a Abs. 2 Satz 2 GmbHG	307
a) Stimmverbot bei Versagung der Auskunft	307
b) Beschluss über die Vornahme einer Due Diligence	309
IV. Fazit	310
Teil 5: Der Anstellungsvertrag des Gesellschafter-Geschäftsführers im Besonderen	313
§ 16 Meinungsstand zum Stimmrecht bei der Beschlussfassung über die Vergütung des Gesellschafter-Geschäftsführers	313
I. Stimmrecht	314
II. Stimmrechtsausschluss (Trennungstheorie)	317
§ 17 Rechtsvergleichende Betrachtung	319
I. Österreich	319
II. Spanien	322
1. Vergütung als Verwalter „als solcher“	322
2. Vergütung als geschäftsführender Verwaltungsrat	323



III. Frankreich	324
1. Vergütung der Geschäftsführung	324
2. Stimmrecht des geschäftsführenden Gesellschafters	325
IV. England	327
V. Fazit zur Rechtsvergleichung	328
§ 18 Stellungnahme	331
§ 19 Das Stimmrecht bei rückwirkender Genehmigung bereits bezogener Vergütungen	338
I. Meinungsstand in Rechtsprechung und Schrifttum	338
II. Stellungnahme	339
Teil 6: Stimmverbote im Gesellschaftsvertrag	344
§ 20 Gestaltungsmöglichkeiten in der Satzung	344
I. Vertragliche Erweiterung der Stimmverbote	344
II. Dispositivität der gesetzlichen Stimmverbote	345
1. Historische Beurteilung	346
2. Aktuelle Auffassungen in Literatur und Rechtsprechung	347
a) Dispositivität aller Stimmverbote	348
b) Satzungsfestigkeit aller Stimmverbote	349
c) Dispositivität einzelner Stimmverbote	350
§ 21 Rechtsvergleichende Betrachtung	353
I. Österreich	353
II. Spanien	355
III. Frankreich	358
IV. Großbritannien	359
V. Rechtsvergleichende Zusammenfassung	360
§ 22 Stellungnahme	362
I. Diskussion der Argumente für und wider die Dispositivität	362
1. Satzungsautonomie in der GmbH	362
2. Vergleich mit anderen Gesellschaftsformen	362
3. Unentziehbare Rechte des Gesellschafters	363
4. § 50 GmbHG als zentrales Minderheitsrecht	364
5. Das Argument des Minderheitenschutzes	365
6. Die Vertragsfreiheit in der GmbH	367
7. Das Verbot des Richtens in eigener Sache	369
II. Ergebnis	370

*Inhaltsverzeichnis*

Teil 7: Stimmverbote im Europäischen Recht	372
§ 23 Entwurf einer Strukturrichtlinie	372
§ 24 Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	375
§ 25 Das Projekt einer Europäischen Privatgesellschaft (SPE)	378
I. Entwicklungsgeschichte	378
II. Das praktische Bedürfnis nach einer SPE	382
III. Grundlagen	384
1. Die Rechtsform der SPE	384
2. Gesellschaftsorgane	384
a) Gesellschafterversammlung	384
b) Geschäftsführung	385
c) Weisungsbefugnis der Gesellschafter	385
IV. Regelungstechniken der Verordnungsvorschläge	387
1. Vollstatut im Kommissionsentwurf	387
2. Teilstatut im schwedischen und ungarischen Verordnungsentwurf	388
§ 26 Stimmrechtsausschluss in der SPE	390
I. Regelung in den Verordnungsentwürfen	390
II. Regelungsaufträge in Anhang I	391
1. Der Verordnungsentwurf der Kommission (VOE-KOM)	391
a) Methode zur Annahme von Gesellschafterbeschlüssen	391
b) Beschlussfähigkeit	394
c) Verfahren für die Bestellung und die Abberufung von Geschäftsführern	396
d) Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen	397
2. Entwurf der Mustersatzung	397
3. Verordnungsentwürfe der Ratspräsidenschaften	398
a) Verfahren für die Vorlage und Fassung von Gesellschafterbeschlüssen	398
b) Beschlüsse, Beschlussfähigkeit und Stimmrechtsmehrheit	398
III. Geltung nationalen Rechts	399
1. Anwendbarkeit nationalen Rechts	399
2. Konsequenz	400
a) Dänemark	400
b) Griechenland	401

c) Italien	401
d) Niederlande	402
e) Polen	402
f) Portugal	402
§ 27 Regelung eines Stimmverbots de lege ferenda	404
I. Ergänzung der Regelungsaufträge	404
1. Lücken im Gesellschaftsvertrag	404
a) Keine Regelung im Gesellschaftsvertrag	404
b) Unzureichende gesellschaftsvertragliche Regelung	405
2. Lückenfüllung	405
II. Regelung in der SPE-Verordnung	407
§ 28 Fazit zum Europäischen Recht	408
Teil 8: Schluss	410
§ 29 Wesentliche Ergebnisse in Thesen	410
I. Grundlagen des Stimmverbots	410
II. Das Stimmverbot in § 47 Abs. 4 GmbHG	413
III. Rechtsvergleichende Betrachtung der Stimmverbote	414
IV. Das Stimmverbot bei Vornahme eines Rechtsgeschäfts	415
V. Der Anstellungsvertrag des Gesellschafter- Geschäftsführers	417
VI. Stimmverbote im Gesellschaftsvertrag	418
VII. Stimmverbote im Europäischen Recht	420
Literaturverzeichnis	423



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union / der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AC	<i>Law reports: Appeal Cases</i>
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft
AHGB	Allgemeines Handelsgesetzbuch
AktG	Aktiengesetz
All ER	<i>All England Law Reports</i>
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
App. Cas.	<i>Law reports: Appeal Cases</i>
Art.	Artikel
art.	<i>article; artículo</i>
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater
BCLC	<i>Butterworth's Company Law Cases</i>
Bd.	Band
Beschl.	Beschluss
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

*Abkürzungsverzeichnis*

BGHZ	Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BlgHH	Beilage(n) zu den stenographischen Protokollen des Herrenhauses (Österreich)
BOCG	<i>Boletín Oficial de las Cortes Generales</i>
BOE	<i>Boletín Oficial de Estado</i>
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Bull. Joly	<i>Bulletin Joly Sociétés</i>
bzw.	beziehungsweise
c.	<i>Chapter</i>
CA	<i>Companies Act</i>
CA + Ort	<i>Cour d' appel</i>
ca.	circa
Cass. com	<i>Cour de cassation, chambre civile, section commerciale</i>
CCo.	<i>Código de Comercio</i>
C. com.	<i>Code de Commerce</i>
Ch	<i>Chancery Cases</i>
ChD	<i>Chancery Division</i>
CISG	<i>United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN-Kaufrecht)</i>
CLR	<i>Commonwealth Law Reports</i>
Co Law	<i>The Company lawyer</i>
Cour cass.	<i>Cour de cassation</i>
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
DGNR	<i>Dirección General de los Registros y del Notariado</i> (Generaldirektion der Register und Notariate, Spanien)
d.h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
DR	Deutsches Recht
DS-GVO	Datenschutz-Grundverordnung
DStR	Deutsches Steuerrecht
DTI	<i>Department of Trade and Industry</i>

DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
EBRV	Erläuternde Bemerkungen zur Regierungsvorlage
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
Einl.	Einleitung
Entsch.	Entscheidung
EU	Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC	<i>High Court of England and Wales</i>
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende (Singular)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
ff.	folgende (Plural)
Fn.	Fußnote
frz.	französisch
FS	Festschrift
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
GES	Zeitschrift für Gesellschaftsrecht und angrenzendes Steuerrecht
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GesR	Gesellschaftsrecht
GesRZ	Der Gesellschafter
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
HGB	Handelsgesetzbuch

*Abkürzungsverzeichnis*

h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HS	Handelsrechtliche Entscheidungen
i.d.R.	in der Regel
i.V.m.	in Verbindung mit
InsO	Insolvenzordnung
JBL	<i>Journal of Business Law</i>
JBl	Juristische Blätter
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
KB	<i>Law Reports, King's Bench</i>
KG	Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KOM	Europäische Kommission
L	<i>Loi</i>
LG	Landgericht
lit.	Buchstabe
LSA	<i>Ley de Sociedades Anónimas</i> (Gesetz über Aktiengesellschaften)
LSC	<i>Ley de Sociedades de Capital</i> (Gesetz über Kapitalgesellschaften)
LSRL	<i>Ley de Sociedades de Responsabilidad Limitada</i> (Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung)
LT	<i>The Law Times Reports</i>
Ltd.	<i>Private Company Limited By Shares (Limited)</i>
LZ	Leipziger Zeitschrift für Handels-, Konkurs- und Versicherungsrecht



MittBayNot	Mitteilungen des Bayrischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MittRhNotK m.N.	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer mit Nachweisen
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
n°	<i>numéro / número</i>
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungsreport
NotBZ	Zeitschrift für die notarielle Beratungs- u. Beurkundungspraxis
Nr.	Nummer
núm.	<i>número</i>
NZ	Österreichische Notariatszeitung
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
PLSRL	<i>Proyecto de Ley de Sociedades de Responsabilidad Limitada</i>
öAktG	Gesetz über Aktiengesellschaften (Österreich)
OGH	Oberster Gerichtshof (Österreich)
öGmbHG	Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Österreich)
öRGBl.	Reichsgesetzblatt (Österreich)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht (Deutschland/Österreich)
p·	<i>paragraph</i>
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
R.D.M.	<i>Revista de Derecho Mercantil</i>
RdS	<i>Revista de Derecho de Sociedades</i>
RdW	Recht der Wirtschaft
RefE	Referentenentwurf

*Abkürzungsverzeichnis*

REFIT	Programm zur Gewährleistung der Effizienz und Leistungsfähigkeit der Rechtsetzung der Europäischen Kommission
Rev. soc.	<i>Revue des sociétés</i>
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
ROHG	Reichs-Oberhandelsgericht
Rspr.	Rechtsprechung
RÜG	Rechts-Überleitungsgesetz
S.	Seite(n)
SA	<i>Société Anonyme</i>
SARL	<i>Société à Responsabilité Limitée</i>
SAS	<i>Société par actions simplifiée</i>
SCE	<i>Societas Cooperativa Europaea</i> (Europäische Genossenschaft)
SE	<i>Societas Europaea</i> (Europäische Aktiengesellschaft)
sec.	<i>section(s)</i>
SJ	<i>Solicitors journal</i>
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannt(e)
SPE	<i>Societas Privata Europaea</i> (Europäische Privatgesellschaft)
SRL	<i>Sociedad de responsabilidad limitada</i>
st.	ständige
StGBL.	Staatsgesetzblatt für das Land Österreich, Sammlung österreichischer Bundesgesetze von Mai bis Dezember 1945; danach BGBl.
SUP	<i>Societas Unius Personae</i> (Europäische Einpersonengesellschaft)

SZ	Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivilsachen
UA	Unterabschnitt
u.a.	unter anderem
UG	Unternehmergesellschaft
UGB	Unternehmensgesetzbuch
UMAG	Gesetz zur Unternehmensintegrität und Modernisierung des Anfechtungsrechts
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
v.	<i>versus</i> ; vom
vgl.	vergleiche
VgV	Vergabeverordnung
VO	Verordnung
VOE	Verordnungsentwurf
vol. / Vol.	<i>volume</i> ; <i>volumen</i> (Band)
wbl	Wirtschaftsrechtliche Blätter
WEG	Wohnungseigentumsgesetz; Wohnungseigentümergeinschaft
W.L.R.	<i>Weekly Law Reports</i>
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
z.B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
zfwu	Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (früher: Zeitschrift für die gesamte Insolvenzpraxis)
zit.	zitiert

*Abkürzungsverzeichnis*

ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft